

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 181 (2015)

Heft: 10

Artikel: SVP zur Sicherheitspolitik : Sicherheit und Wohlstand für Land und Leute

Autor: Brunner, Toni

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-583233>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SVP zur Sicherheitspolitik: Sicherheit und Wohlstand für Land und Leute

Wohlstand, Unabhängigkeit und Freiheit sind ohne Sicherheit nicht denkbar. Nur ein Land, welches in die Sicherheit investiert, hat Erfolg und zieht Investoren an. Mit der WEA sollten die Mindestausgaben für die Armee im Militärgesetz festgeschrieben werden. Die volkswirtschaftliche Analyse zeigt, dass ein Grossteil dieser Ausgaben zurückfließt.

Toni Brunner

Die Schweizerische Bundesverfassung sieht vor, dass Bund und Kantone im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für die Sicherheit des Landes und den Schutz der Bevölkerung zu sorgen haben. Dass die Schweiz eine Armee hat, ist ebenso festgehalten, wie die Tatsache, dass diese nach dem Milizprinzip organisiert ist. Sie dient der Kriegsverhinderung und trägt zur Erhaltung des Friedens bei und verteidigt Land und seine Bevölkerung. In Ausnahmefällen kann sie auch zur Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit beigezogen werden. Die oft gestellte Frage, ob die Schweiz eine Armee brauche, kann somit nicht gestellt werden. Die Verfassung verpflichtet die Schweiz, eine Armee zu führen, um die erwähnten Ziele zu erreichen. Solange die Verfassung diesen Auftrag gibt, erübrigts sich die Diskussion über die Frage: «Armee ja oder nein!»

Wie bewältigt die Armee sicherheitspolitische Herausforderungen?

Die Armee muss sich laufend den neuen Bedrohungsformen anpassen. Die Möglichkeit eines militärischen Angriffs durch einen anderen Staat ist seit Ende des Kalten Krieges markant gesunken. Andererseits ist ein solcher nicht absolut auszuschliessen. Zugenommen hat die Gefahr, welche von nicht-staatlichen Akteuren ausgehen kann. Die meisten kriegerischen Auseinandersetzungen werden derzeit nicht zwischen Nationalstaaten ausgetragen, sondern zwischen nicht-staatlichen Gruppierungen oder zwischen einem



Toni Brunner

Nationalrat SVP, Kanton Sankt Gallen
Landwirt

Militärischer Grad: Korporal

Aktuelle Parlamentsmandate:

- Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK-NR)
- Delegation für die Beziehungen zum Landtag des Fürstentums Liechtenstein (Del FL-V)

Vordergrund: Abwehr von Cyber-Attacken, Verhinderung von Terroranschlägen, Katastrophenhilfe, Unterstützung der zivilen Grenzwache bei grossen Einwanderungsströmen, Unterstützung der zivilen Polizei, Bewachung von internationalen Konferenzen und die Mithilfe bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens. Überdies hat die Armee die verfassungsmässige Pflicht, zur Erhaltung des Friedens.

Um diese Aufgaben bewältigen zu können, muss die Armee laufend in einem Umbruch sein, und darf sich nicht statisch auf wenige Aufgaben konzentrieren. Es ist die Aufgabe des Bundesrates und der Armeeführung, die Bedrohungen frühzeitig zu erkennen, Umstrukturierungen vorzunehmen und die notwendigen Rüstungsgüter zu beschaffen.

Welches sind die politischen Voraussetzungen dazu?

Um den Bedrohungsformen effizient zu begegnen, müssen der Armee in erster Linie die notwendigen finanziellen Mittel sowie die personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Hier steht die SVP

Nationalstaat und verschiedenen nicht-staatlichen Gruppierungen, welche sich nicht an das Kriegsvölkerrecht halten. Für die Schweizer Armee stehen heute – neben der Verteidigung im Kriegsfall – folgende Bedrohungen/Aufgabenfelder im

für ein jährliches Armeebudget von 5,4 Milliarden Franken ein. Um Kreditreste möglichst zu verhindern, sind vierjährige Rahmenkredite vorzusehen. Für die neue Legislatur sind somit 21,6 Milliarden Franken zu sprechen. Personell dürfte der Sollbestand der Armee nicht unter 140 000 Armeeangehörigen liegen. Diese Eckdaten sind zwingend im Rahmen der Weiterentwicklung der Armee (WEA) ins Militärgesetz aufzunehmen. Beziiglich der Organisationsstruktur sollte der Armee die grösstmögliche Handlungsfreiheit eingeräumt werden,

damit diese sich umgehend einer neuen Bedrohungslage anpassen kann.

Was will die SVP dazu beitragen?

Im Rahmen der WEA-Debatte im Nationalrat in der Sommersession 2015 zeigte die SVP, wie ernst es ihr ist. Wenn die Mitte-Parteien der Armee die notwendigen finanziellen Mittel nicht garantieren wollen, wird die SVP die Armeereform weiterhin ablehnen. Das Parlament hat sich wiederholt zum Armeebudget geäusserst und sich mehrheitlich für einen Sollbestand von 100 000 Armeeangehörigen und ein Budget von 5 Milliarden Franken jährlich ausgesprochen. Die SVP hat diesem Kompromiss zähneknirschend zugestimmt, damit aber auch gleichzeitig eine rote Linie definiert. Bei der Entwicklungshilfe, der Kulturförderung und im Asylbereich spielen für die anderen Parteien die Finanzen offenbar keine Rolle. Die Ausgaben für diese Bereiche steigen laufend an. Es scheint, als ob die SVP die einzige Partei ist, die konsequent für eine glaubwürdige Milizarmee einsteht und ihr auch die notwenigen Mittel gewähren will. ■